

Haan, den 30. Mai 2023

## **Gemeinsamer Antrag von SPD und GAL für den Rat am 20. Juni 2023**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

die SPD-Fraktion und die Fraktion der GAL beantragen für die Sitzung des Rats am 20. Juni 2023:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Arbeiten an einer kommunalen Verpackungssteuer in Haan auf der Basis der bisherigen Vorarbeiten wieder aufzunehmen.

### **Begründung:**

Die GAL-Ratsfraktion stellte mit Schreiben vom 25.05.2020 einen Antrag auf Erstellung einer Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen. Der Vorschlag enthielt als Muster in weiten Teilen den Satzungstext der Stadt Tübingen. Unter Hinweis auf ein Urteil des VGH Baden-Württemberg vom 29.03.2022, das die Zulässigkeit einer kommunalen Verpackungssteuer in Abrede gestellt hat, beschloss der HFA am 18. 10. 2022 einstimmig, die Arbeiten an einer Satzung für Haan einzustellen. Nunmehr hat das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil vom 24. Mai 2023 unter Hinweis auf das Recht der Europäischen Union und Bundesgesetze die grundsätzliche Rechtmäßigkeit einer kommunalen Verpackungssteuer bestätigt. Insofern bestehen keine Hindernisse mehr, eine solche Steuer auch in Haan einzuführen. SPD und GAL sind der Auffassung, dass eine örtliche Verpackungssteuer ein Instrument ist, um der Vermüllung entgegenzuwirken. Sie bezweckt die Vermeidung von Verpackungsabfall im Stadtgebiet und dient zudem dem Umwelt- und Infektionsschutz. Sie steht daher im Einklang mit den Zielen des Unions- und Bundesgesetzgebers.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Jörg Dürr  
(für die SPD-Fraktion)

gez. Andreas Rehm  
(für die Fraktion der GAL)